

Vortrag von Dr. Sascha Arnautović¹
im Rahmen der 1. AIES-KFIBS-Nachwuchstagung
„Die Europäische Union im Dauerkrisenmodus? ‚Schicksalswahlen‘ 2017 in
einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der Beginn des EU-Austrittsprozesses
Großbritanniens“ am 17. November 2017 in Wien zum Thema:

**„Europäische Führungsmacht Deutschland:
Wie deutsche Europapolitik stabilisierend auf die EU wirken kann“**

Redemanuskript:

I. Einleitung, Problemstellung und Zielsetzung

Machen wir uns nichts vor: Um die europäische Integration ist es aufgrund multipler Krisen der Europäischen Union (EU) in den vergangenen Jahren nicht allzu gut bestellt, geht mit ihnen doch ein nicht unerheblicher Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust in die Lösungskompetenz der EU-Politik sowie die große und durchaus berechtigte Sorge um den Fortbestand des europäischen Projektes als Ganzes einher. Gerade Deutschland hat als „[ein] überdurchschnittlich globalisiertes Land ein vitales Interesse am Erfolg der europäischen Integration – von der [die Bundesrepublik] profitiert hat wie kaum ein anderer Mitgliedstaat“ (S. 20), wie es richtigerweise heißt in einem lesenswerten Papier² der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des *German Marshall Fund of the United States* (GMF) vom Oktober 2013. Zutreffend ist auch folgende darin geäußerte Beobachtung: „[Deutschlands] Geschichte, seine Lage, aber noch mehr seine gegenwärtige wirtschaftliche Stärke und sein neues geopolitisches Gewicht geben ihm zugleich eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Fortentwicklung der Europäischen Union.“³

Unzweifelhaft ist auch: Spätestens mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im August 2007 und der sich daran anschließenden Staatsschuldenkrise ab 2008 ist die wachsende Bedeutung Deutschlands als Stabilitätsanker und Krisenmanager Europas nicht mehr von der Hand zu weisen. Und dabei spielt keine entscheidende Rolle, ob die Bundesrepublik nur deswegen so stark ist, weil die anderen EU-Mitgliedstaaten so schwach

¹ Politikwissenschaftler, Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer des Kölner Forums für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS) mit Sitz in Brühl (Rhld.), NRW, Deutschland.

² Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Berlin, Oktober 2013, 48 Seiten.

³ Ebd., S. 20.

sind und deswegen die „Macht in der Mitte“⁴, wie der Politikwissenschaftler Herfried Münkler Deutschland bezeichnet, vergleichsweise stark und stabil dasteht.⁵ Deutsche Führung⁶ wird – aller Voraussicht nach – zukünftig immer mehr gefordert sein. Dabei sollte die Führung⁷ vonseiten Berlins konsequent und sehr entschieden ausgeübt werden, jedoch stets unter dem Aspekt gemeinsamer europäischer Ziele und vor allem nicht an den anderen EU-Staaten vorbei. Schließlich setzt Führung Gefolgschaft voraus,⁸ was es zu berücksichtigen gilt. Die Bundesrepublik Deutschland wird die ihr zugeschriebene Rolle nicht so einfach beiseiteschieben können.⁹ Zurückhaltung stellt angesichts großer innereuropäischer Herausforderungen wie die Bedrohung durch rechtspopulistische Parteien keine reale Option dar.

Dennoch gibt es ein unübersehbares Problem mit der Führungsrolle Deutschlands in der EU: So ist deutsche Führung nicht von allen EU-Mitgliedstaaten erwünscht, wird sie doch von manchen – abhängig vom jeweiligen Politikfeld und den damit verbundenen deutschen Positionen – als Diktat bzw. als schulmeisterliche Bevormundung empfunden. In diesem Zusammenhang stellt sich unweigerlich die Frage nach der geteilten Führung mit dem jüngst wiedererstarkten Frankreich (Stichwort: „deutsch-französisches Tandem“). Das „Paradox der deutschen Stärke“, der *Senior Transatlantic Fellow* des GMF Hans Kundnani spricht zusätzlich von „German Power“,¹⁰ kann nämlich nicht aufgelöst werden: einerseits ist Deutschland mächtig genug, um eine führende Rolle in Europa zu spielen; andererseits ist es aber zu schwach, um Europas Staaten seinen Willen aufzuoktroyieren. Dabei wähnt er die Bundesrepublik auf Basis einer überaus labilen „[g]eoökonomische[n] Halbhegemonie“¹¹ mit der inhärenten Gefahr, von einer Ordnungsmacht zum Hort der Instabilität im Zentrum Europas zu mutieren und damit letztlich zu einer unerwünschten Macht zu werden.

⁴ Münkler, Herfried, *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*, Hamburg 2015, S. 7 (edition Körber-Stiftung).

⁵ Vgl. Demesmay, Claire/Puglierin, Jana/Rappold, Julian, *Deutschland als europäische Führungsmacht. Die Sicht aus Frankreich, Griechenland und Polen*, DGAPanalyse Nr. 5/Juni 2017, S. 9.

⁶ Zum Begriff der Führung aus rollentheoretischer Sicht vgl. Harnisch, Sebastian, *Deutsche Führung in der internationalen Gesellschaft. Ein rollentheoretischer Ansatz*, in: Harnisch, Sebastian/Schild, Joachim (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik und internationale Führung. Ressourcen, Praktiken und Politiken in einer veränderten Europäischen Union*, 1. Aufl., Baden-Baden 2014, S. 17-55 (Außenpolitik und Internationale Ordnung, hrsg. von Hanns W. Maull).

⁷ *Führung* ist von *Hegemonie* begrifflich zu unterscheiden, handelt es sich hierbei doch um zwei unterschiedliche Formen von Macht. Vgl. ebd., S. 20. Kurzdefinitionen: *Führung* = ist maßgeblich von Gefolgschaft abhängig, weswegen sie auch als akzeptierte Form der Machtausübung angesehen werden kann; *Hegemonie* = die politische, ökonomische oder soziale Dominanz bzw. Vorherrschaft eines wirkmächtigen Akteurs in der Innenpolitik oder in den internationalen Beziehungen.

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. hierzu und im Folgenden Demesmay/Puglierin/Rappold 2017, S. 9.

¹⁰ Vgl. Kundnani, Hans, *German Power. Das Paradox der deutschen Stärke* (Aus dem Englischen von Andreas Wirthensohn), München 2016.

¹¹ Ebd., S. 159.

Im Hinblick auf die Zielsetzung der Analyse gilt es, folgende zweigeteilte Frage zu beantworten: Welche Konsequenz hat die neue Rolle Deutschlands in Europa – und wie sollte sich Berlin sinnvollerweise strategisch positionieren, um eine ausgewogene Führung zu übernehmen?

II. Wissenschaftliche Analyse: Lage der Union im Jahr 2017 und die damit verbundenen Folgen für Deutschlands Rolle in Europa

Nach den Wahlausgängen 2017 zugunsten proeuropäischer Politiker in den Niederlanden (namentlich: Mark Rutte) und in Frankreich (namentlich: Emmanuel Macron) erscheint eine Trendwende gegenüber den (Negativ-)Entwicklungen des Jahres 2016 – sprich: Brexit-Votum, Flüchtlingskrise und die unerwartete Wahl Trumps zum 45. US-Präsidenten – möglich.¹² Angesichts der zeitweise düsteren Aussichten für Europas Zukunft wirkt Deutschland aus der Perspektive anderer EU-Staaten wie ein Stabilitätsanker in europapolitisch turbulenten Zeiten. Doch dieser europäische Sonderstatus der Bundesrepublik hat nicht nur angenehme Seiten für das politische Berlin: In letzter Konsequenz führt dies dazu, dass die „widerwillige Vormacht“ bzw. „Vormacht wider Willen“¹³, so die Etikettierung Deutschlands durch den Politikwissenschaftler Stephan Bierling, einmal mehr gefordert ist, mehr Verantwortung¹⁴ und sogar die Führungsrolle in der EU zu übernehmen, um das europäische Projekt vor einem – nach wie vor – möglichen Scheitern zu bewahren. Da Deutschland wegen unzureichender Kapazitäten nicht im Sinne einer alleinigen europäischen Führungsmacht mit hegemonialen Ambitionen (Münkler konstatiert stattdessen: „Wir sind der Hegemon“)¹⁵ agieren kann, bietet die Wahl des Proeuropäers Macron im Mai 2017 zum französischen Staatspräsidenten ein „Fenster der Gelegenheit“, um den Vormarsch der Nationalisten und Rechtspopulisten in Europa Einhalt zu gebieten und um die Einheit der EU zu bewahren.¹⁶ Es spricht demnach einiges dafür, die

¹² Vgl. Demesmay, Claire/Puglierin, Jana, Deutschlands Führungsaufgaben in Europa, in: Mölling, Christian/Schwarzer, Daniela (Hrsg.), Außenpolitische Herausforderungen für die nächste Bundesregierung. Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken, DGAPkompakt Nr. 6/Sommer 2017, S. 10-12 (10).

¹³ Bierling, Stephan, Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart, Originalausgabe, München 2014.

¹⁴ Zum Aspekt der Verantwortung in Bezug auf Deutschland und zur deutschen Verantwortungspolitik siehe bei Hellmann, Gunther, Verantwortungspolitik. Deutschlands Gewicht in der Waagschale Europas, in: Ischinger, Wolfgang/Messner, Dirk (Hrsg.), Deutschlands neue Verantwortung. Die Zukunft der deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, Berlin 2017, S. 62-65.

¹⁵ Münkler, Herfried, Deutschlands Rolle in Europa. Wir sind der Hegemon, in: F.A.Z. v. 21.08.2015.

¹⁶ Emmanuel Macron hat in einer flammenden europapolitischen Grundsatzrede an der Pariser Sorbonne am 26. September 2017 eine „Neugründung Europas“ gefordert und sprach sich überdies für eine EU-Reform zum Zwecke der Effizienzsteigerung aus. Anhand dieser wichtigen und wegweisenden Rede wird deutlich, dass der „deutsch-französische Motor“, wie er gemeinhin genannt wird, tatsächlich wieder eine Chance hat, Europa substanziell voranzubringen und den negativen Trends der vergangenen (Krisen-)Jahre entgegenzuwirken. In eine ganz ähnliche

Zusammenarbeit mit Frankreich weiter auszubauen, zumal Deutschland dadurch dem häufig gemachten Vorwurf entgegentreten könnte, Alleingänge zu betreiben, dem nationalen Egoismus zu frönen und zu viel Dominanz in der Europapolitik auszustrahlen.¹⁷

Doch trotz der verbesserten Lage der Union in diesem Jahr scheint die zwischenzeitliche Atempause nur von kurzer Dauer zu sein.¹⁸ So stehen beispielsweise die Antworten auf die komplexe Problematik der Flüchtlingskrise in Europa noch aus.¹⁹ Aber damit nicht genug: Auch jenseits der europäischen Grenzen wird die EU herausgefordert. Neben US-Präsident Donald J. Trump und Russlands Präsident Wladimir Putin treibt auch der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan Deutschland und Europa mithilfe des EU-Türkei-Flüchtlingspakts nach Belieben vor sich her. Es droht nicht mehr und nicht weniger als die Spaltung der EU-Mitgliedstaaten und damit das Ende der europäischen Solidargemeinschaft.

Vor dem Hintergrund derartiger Herausforderungen ist es zu begrüßen, dass die (noch amtierende) deutsche Regierung in ihrer Europapolitik eine klare Priorisierung mit Blick auf den für notwendig erachteten Zusammenhalt der sogenannten EU-28 bzw. bald nur noch EU-27 vorgenommen hat, womit sie vorausschauendes Denken und Handeln im Sinne von kluger Macht²⁰ und intelligenter Führung beweist. Hierin zeigt sich aber auch die klare Ausrichtung der Bundesrepublik Deutschland auf den europäischen Ordnungsrahmen, dem sie sich verpflichtet fühlt und der für Berlin „von überragendem Interesse“ (Claire Demesmay/Jana Puglierin) ist. Schließlich ist es dem europäischen Integrationsprozess zu verdanken, dass die sogenannte deutsche Frage auf friedlichem Wege geklärt werden konnte. Hinzu kommt, dass auf diese Weise dem inzwischen wiedervereinigten Deutschland ermöglicht wurde, seine Heimat unter dem Dach der europäischen Demokratien zu finden. Erst durch die enge EU-Bindung wurde die Bundesrepublik in die Lage versetzt, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas politische Führung auszuüben, die Deutschland heute zu einem wichtigen europäischen und globalen Akteur macht.

Richtung denkt auch der frühere deutsche Außenminister und jetzige Bundespräsident Deutschlands, Dr. Frank-Walter Steinmeier, der bereits 2016 ein „neue[s] Europa“ einforderte und angesichts drängender Aufgaben im EU-Rahmen für eine deutsch-französische Führung plädierte.

¹⁷ Vgl. Demesmay/Puglierin/Rappold 2017, S. 5.

¹⁸ Vgl. hierzu und im Folgenden Demesmay/Puglierin 2017, S. 10.

¹⁹ Zur Sprengkraft der Migrationskrise vgl. Schmidt, Hans-Jörg, Wie die Flüchtlingskrise Europa entzweit, 06.10.2016, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/flucht/234795/wie-die-fluechtlingskrise-europa-entzweit> (letzter Zugriff: 12.11.2017). Siehe ferner zum Aspekt der innereuropäischen Spannungen im Rahmen der Flüchtlingsbewältigung bei Steinmeier, Frank-Walter, Europa ist die Lösung. Churchills Vermächtnis, Wals bei Salzburg 2016, S. 12.

²⁰ Vgl. zu dieser Strategie der auswärtigen Politik bei Czempel, Ernst-Otto, Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München 1999, S. 245.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist die Bundesrepublik maßgeblich von der gemeinsamen Währung in Europa und dem Binnenmarkt der EU abhängig. Es ist daher wenig verwunderlich, dass im deutschen Grundgesetz (s. Artikel 23 „[Europäische Union – Grundrechtsschutz – Subsidiaritätsprinzip]“²¹) die Verwirklichung eines vereinten Europas zum Staatsziel erhoben wurde. Konkret heißt es dort an entsprechender Stelle: „Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. [...]“²² Doch ist das Interesse Deutschlands an der EU nicht nur, wie von manchen behauptet wird, instrumenteller Natur im Sinne von Europa verstanden als Vehikel nationaler Interessen, sondern durchaus auch sicherheitspolitischer Natur im Sinne von die EU verstanden als starke Festung gegen künftige Bedrohungen von außen (Stichwort: „islamistischer Terrorismus“).

Bedingt durch die Krisen der EU hat das europäische Integrationsprojekt bei den Bürgerinnen und Bürgern von Europa an Strahlkraft, Authentizität und Vertrauen eingebüßt,²³ was ernst genommen werden und Deutschland im Verbund mit Frankreich zum tatkräftigen Handeln und beherzten Gegensteuern veranlassen sollte. Dafür bietet die Phase nach der Bundestagswahl 2017, diese fand am 24. September statt, eine günstige Gelegenheit, um die EU politisch zu stabilisieren und um eine Verbesserung der gesamteuropäischen Situation herbeizuführen. Es gilt jedoch, erst einmal die derzeitigen Bemühungen um eine Regierungsbildung in Berlin abzuwarten. Fortschritte in folgenden (Kern-)Bereichen Europas könnten dabei die Legitimation der EU wieder deutlich erhöhen:

- Geldpolitik – Konsolidierung der Eurozone,
- Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Weiterentwicklung der GASP und GSVP,²⁴
- Grenzpolitik – Erhalt des Schengen-Raums.

²¹ Vgl. Schmitz, Thomas, Das Grundgesetz und die europäische Integration, 21.06.2010, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39003/europaeische-integration> (letzter Zugriff: 12.11.2017).

²² Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 14. Aufl., Baden-Baden 2014, S. 38 f.

²³ Vgl. SWP/GMF 2013, S. 20 (Kap. III: „Deutschland und Europa“).

²⁴ GASP = „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“; GSVP = „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“.

III. Für ein starkes und verantwortungsbewusstes Deutschland in Europa: Handlungs- und Politikempfehlungen

Vor dem skizzierten Hintergrund gilt es für mich als Vertreter einer deutschen Denkfabrik, tragfähige praxisorientierte Handlungs- und Politikempfehlungen zu entwickeln und zu geben, um dadurch eine Sicherung des als notwendig anzusehenden europäischen Zusammenhalts für die Zukunft zu ermöglichen und damit auch den kontraproduktiven Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, wie etwa das unsolidarische Verhalten der sogenannten Visegrád-Staaten²⁵ in der Flüchtlingsfrage, entgegenzuwirken. Ich sehe hier die Bundesrepublik Deutschland in einer besonderen (Führungs-)Verantwortung: Sie sollte daher das durch Macrons Europa-Rede entstandene Zeitfenster für die erforderlichen EU-Reformen im Sinne einer zukunftsweisenden Europapolitik sowie zusätzlich Frankreichs erkennbare Bereitschaft zu einem verstärkten europapolitischen Engagement nutzen, um wieder politische Stabilität und eine gesamteuropäische Situationsverbesserung herbeizuführen. Eine Stärkung der deutsch-französischen Partnerschaft vonseiten Berlins erscheint unerlässlich, insbesondere deshalb, weil Frankreichs Präsident und „Europas Hoffnungsträger“ (Handelsblatt) Emmanuel Macron mit seiner Vision für eine EU von morgen vom September 2017 eine wichtige Grundlage geschaffen hat, auf der sich für die deutsche Europapolitik – trotz vorhandener Interessendivergenzen zwischen Berlin und Paris – in naher Zukunft aufbauen lässt. Hier könnte der Hebel angesetzt werden, um wieder Schwung in das europäische Projekt zu bringen und um sowohl für eine positive Grundstimmung als auch für einen optimistischeren Blick in die Zukunft zu sorgen. Derzeit gilt: Je eher Deutschland Regierungsfähigkeit herstellt, desto eher ist Berlin bzw. das Bundeskanzleramt unter Dr. Angela Merkel (CDU) als „Schaltzentrale Europas“ (Eric Bonse) wieder politisch handlungsfähig – im Verbund mit Frankreich als „Partner auf Augenhöhe“ (Marcel Fratzscher). Europa braucht ein starkes Deutschland, aber es braucht auch ein starkes Frankreich im politischen Gleichklang mit der Bundesrepublik. Das eine bedingt das andere.

Einige Handlungs- und Politikempfehlungen für die künftige deutsche Europapolitik werden im Folgenden herausgearbeitet.

²⁵ Sprich die vier östlichen EU-Länder Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei.

1.) Mit Blick auf Deutschland und Frankreich:²⁶

- Eine **Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit** vor dem Hintergrund einer **geteilten politischen Führung** zwischen Deutschland und Frankreich in der EU, um einerseits den Vorwurf des „deutschen Diktats“ zu entkräften und andererseits das **Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Integrität Berlins** in europapolitischer Hinsicht zurückzugewinnen.
- Eine möglichst **rasche Verständigung** zwischen Berlin und Paris über einen **gemeinsamen Kurs in der Europapolitik** und die **zukünftige Form einer verstärkten bilateralen Kooperation** zum Wohle Europas.
- Mit der **Stärkung der deutsch-französischen Partnerschaft** sollte aber auch eine **Stärkung der Zusammenarbeit mit den übrigen EU-Mitgliedstaaten** einhergehen, um etwaigen **Spannungen frühzeitig zu begegnen** und sie **damit auszuräumen**.
- Zur **Zielerreichung** ist es jedoch notwendig, dass **die deutsche Regierung mehr Kompromissbereitschaft zeigt** als bislang, eine insgesamt **bessere Kommunikation ihrer europapolitischen Vorhaben** betreibt und die **anderen EU-Länder stärker in politische Entscheidungsprozesse einbindet** und ihnen damit ein **Gefühl der Mitsprache und Teilhabe** vermittelt (Stichwort: „Inklusion“).

2.) Mit Blick auf die europäische Verteidigung:

- Eine **deutsch-französische Führung im Bereich der europäischen Verteidigung** zum **Schutz vor Sicherheitsrisiken innerhalb und außerhalb Europas**, sodass **die EU als Ganzes davon profitieren könnte**.
- Eine **enge Abstimmung und Zusammenarbeit** zwischen Berlin und Paris zwecks **Durchführung gemeinsamer Rüstungsprojekte** sowie zur **Harmonisierung von Waffensystemen und Luftfahrzeugen**.
- Eine **substanzielle Weiterentwicklung der gesamteuropäischen Sicherheitskooperation**, damit **sich die EU ein Stück weit unabhängiger von den USA macht** (Stichwort: „amerikanischer Schutzschirm“) und überdies **in die Lage versetzt wird, für die eigene Sicherheit zu sorgen**.

²⁶ Vgl. hierzu und im Folgenden Demesmay/Puglierin 2017, S. 11 f.; Major, Claudia/Mölling, Christian, Europas Verteidigung braucht deutsch-französische Führung, ZEIT ONLINE, 12.07.2017, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/deutschland-frankreich-verteidigung-sicherheit-gipfel> (letzter Zugriff: 14.11.2017); o. V., Deutschland und Frankreich wollen bei Rüstung kooperieren, Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 14.07.2017, abrufbar unter: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/07/14/deutschland-und-frankreich-wollen-bei-ruestung-kooperieren/> (letzter Zugriff: 14.11.2017).

- Zur **Zielerreichung** erscheint es notwendig, die **„Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ)** als Ausgangspunkt zu nehmen, um dann in einem weiteren Schritt zu einer **„Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“ (ESVU)** zu gelangen und schließlich eine **„EU-Armee“** zu ermöglichen. Nur auf diese Weise kann eine **funktionierende gemeinsame Verteidigungspolitik der EU** entstehen.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Bundesrepublik Deutschland im Verbund mit Frankreich darauf hinwirken sollte, sowohl die GASP als auch die GSVP als integraler Bestandteil der GASP fortzuentwickeln.²⁷ Um die EU im außen- und sicherheitspolitischen Bereich weiter zu stärken, wäre die Bedeutung des „Europäischen Auswärtigen Dienstes“ (EAD) und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, ebenfalls aufzuwerten. Zusätzlich sollten die europäischen Entscheidungsprozesse vereinfacht werden, z. B. durch die Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen, um die EU künftig politisch handlungsfähiger zu machen, was ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der „europäischen Öffentlichkeit“ erhöhen würde.

(Letzte Textaktualisierung: 15.11.2017)

²⁷ Vgl. hierzu und im Folgenden SWP/GMF 2013, S. 28.